

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

-/-

Verwaltung

Herr Homberger	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Steinriede	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Blankemeyer	Bauamt	(zu TOP 8)
Herr Diekmann	Bauamt	(zu TOP 8)
Herr Wittler	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	(zu TOP 9 und 10)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schritfführer

Externe

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum

Frau Kobusch (Sprecherin der Interessengemeinschaft „Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum“) berichtet über die aktuellen Aktivitäten der Initiative und bringt darüber hinaus ihr Bedauern zum Ausdruck, dass der Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Bielefeld dem Beschluss der Bezirksvertretung Heepen, die Verwaltung zu beauftragen, alle für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Planungen aufzunehmen, nicht gefolgt sei (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 3.3). Da eine externe Finanzierung (Zuschüsse des Landes, Sponsoring, Spenden etc.) nur auf der Grundlage konkreter Planungen erfolgen könne, fehle der Initiative - sollte die Stadt Bielefeld an dieser Entscheidung festhalten - ihres Erachtens die Grundlage für mögliche Aktivitäten zur Einwerbung der notwendigen Drittmittel. Frau Kobusch fragt, welche Möglichkeiten die Bezirksvertretung Heepen habe, dennoch die notwendigen Planungen zu veranlassen. Um nochmals auf die Bedeutung des Projektes hinzuweisen, regt sie einen Ortstermin an der Stadtgrenze an, um im Rahmen einer zielführenden Diskussion gemeinsam nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher informiert darüber, dass ein öffentlicher Ortstermin für Freitag, den 04.03.2011 (Beginn: 11.00 Uhr im Bereich der Brücke über die „Windwehe“) abgestimmt wurde und lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die Presse sowie die Mitglieder der Bezirksvertretung zur Teilnahme ein. Der Ortstermin könne seines Erachtens dazu beitragen, die Bedeutung des Projektes zu dokumentieren. Auch er bedauere, dass der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksvertretung Heepen nicht gefolgt sei, wenngleich er auch Verständnis für die finanziellen Zwänge habe. Er vertrete jedoch weiterhin die Auffassung, dass es sich beim Bau von notwendigen Radwegen um eine öffentliche Aufgabe handle, die nicht den Bürgerinnen und Bürgern auferlegt werden sollte. Er danke der Initiative im Namen der Bezirksvertretung für ihr großes Engagement. Die Bezirksvertretung Heepen werde dieses Engagement im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin aktiv unterstützen.

b) Weidezäune in der Johannisbachaue

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachaue“) stellt fest, dass von den mit Stacheldraht versehenen Weidezäunen in der Johannisbachaue erhebliche Gefahren für Reiterinnen und Reiter ausgehen. Darüber hinaus ergebe sich für die Greifvögel in der Aue durch diese Zäune ein hohes Verletzungsrisiko. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Anfrage der SPD-Fraktion zur heutigen Sitzung (vgl. TOP 4.5). In anderen Städten (z. B. Paderborn) habe die öffentliche Hand die angesprochenen Gefahren erkannt und alle Zäune entfernt bzw. durch Holzzäune ersetzt oder die obere Reihe der Stacheldrahtzäune mit weißen Bändern - die für Pferde und Greifvögel die von den Zäunen ausgehende Gefahr erkennbar machen - versehen. Zumindest die Ausstattung der Zäune mit den von ihm angesprochenen weißen Bändern wäre eine geeignete und kostengünstige Lösung, um die Situation zu verbessern. Er appelliere daher an die Umweltverwaltung, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Umweltverwaltung, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen.

c) Bebauungsplan Nr. III/Br 34 „Waagestraße / Ladestraße“

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachaue“) nimmt Bezug auf die unter TOP 8 vorgesehene Beratung zur Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 34 „Waagestraße/Ladestraße“. Er habe der Beschlussvorlage der Verwaltung entnehmen können, dass durch entsprechende Festsetzungen die Option eines Tunnels von der Süd- zur Nordseite der Bahnanlage gesichert werden solle. Aufgrund entsprechender Erfahrungen mit der Deutschen Bahn AG gehe er davon aus, dass ein solcher Tunnel niemals realisiert werden könne. Seines Erachtens sollte statt eines Tunnels die Erschließung der Bahnanlagen von der Nordseite her geprüft werden. Derzeit müssen Bahnreisende, die die in Brake haltenden Nahverkehrszüge nutzen wollen, auf dem Bahnsteig warten, an dem auch z. B. Intercityzüge mit sehr hoher Geschwindigkeit vorbeifahren. Dies setze die Wartenden erheblichen Gefahren aus. Seines Erachtens sollten daher die heute nicht genutzten Gleise auf der Nordseite der Bahnanlage für die in Brake haltenden Regionalzüge von Norden her erschlossen werden.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.01.2011**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.01.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Fußgängerbrücken am Gustav-Stute-Weg (vgl. BV Heepen - 30.09.2010 - TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 25.01.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 **Bebauungsplan Nr. III/M 8 „Fischerheide“ - Teilfläche C -**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 „Bürgerradweg“ Bielefeld-Heepen - Leopoldshöhe-Schuckenbaum

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2010.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den mit der Initiative abgestimmten öffentlichen Ortstermin am Freitag, dem 04.03.2011, um 11.00 Uhr, an der Stadtgrenze (Brücke über die Windwehe).

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) äußert Verständnis für die sich für die Stadt Bielefeld aufgrund der Haushaltslage ergebenden Zwänge. Dennoch könne er nicht nachvollziehen, dass nicht zumindest die für die weiteren Aktivitäten erforderlichen Planungen aufgenommen werden können, da die notwendigen personellen Ressourcen unabhängig von der finanziellen Lage der Stadt vorhanden seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Förderung der inklusiven Bildung in Bielefeld

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 23.11.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 Eheschließungen im Stadtbezirk Heepen

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Übersicht zur Anzahl der Eheschließungen an den verschiedenen Trauorten der Stadt Bielefeld im Jahr 2010 und zur zahlenmäßigen Entwicklung der Anzahl der Eheschließungen in der Alten Vogtei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 **Ziemannsweg in Brake**

Den Mitteilungen beigelegt ist das Schreiben eines Anwohners (Name unbekannt) vom 17.01.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **7. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung, die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates und die Neufassung der Richtlinien zur Durchführung von Einwohnerversammlungen (vgl. BV Heepen - 18.11.2010 - TOP 10, 11 und 12)**

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 16.12.2010 die 7. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung, die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates und die Neufassung der Richtlinien zur Durchführung von Einwohnerversammlungen entsprechend den Beschlussvorlagen der Verwaltung beschlossen.

Die Texte der geänderten Vorschriften sind inzwischen in das Ortsrecht der Stadt Bielefeld eingearbeitet worden. Auf die aktuellen Fassungen kann über die Internetadresse www.bielefeld.de Rat.Verwaltung / Ortsrecht / I Verfassung und Verwaltung / I/4 Hauptsatzung, I/5 Geschäftsordnung des Rates und I/5b Richtlinien über die Durchführung von Einwohnerversammlungen zugegriffen werden.

Mandatsträger, die keine Möglichkeit haben, über das Internet auf die Dokumente zuzugreifen, können ein Druckstück beim Büro des Rates (Frau Wilms, Tel. 0521/51-20 68) anfordern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Internationale Kampagne „Städte für das Leben-Städte gegen die Todesstrafe“**

Den Mitteilungen beigelegt ist der Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 1752/2009-2014 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 25.11.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Neue Tank- und Rastanlage an der A 2**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 **Zielverzeichnisse der A 2 und der A 33 im Raum Bielefeld**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11 **Fragen der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachau“ zum Thema Deponiebetrieb Talbrückenstraße (vgl. BV Heepen - 13.01.2011 - TOP 1)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Umweltamtes zu den von der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachau“ in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.01.2011 gestellten Einwohnerfragen.

Herr Prester (Sprecher der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachau“) hat zu Sitzungsbeginn eine Ausfertigung der Stellungnahme des Umweltamtes zu den von der Bürgerinitiative in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.01.2011 gestellten Fragen erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12

Tätigkeitsbericht 2010 des Ortsheimatpflegers für den Stadtteil Brake

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus dem Tätigkeitsbericht 2010 des Ortsheimatpflegers für den Stadtteil Brake. Der vollständige Tätigkeitsbericht kann im Bezirksamt eingesehen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.12*

-.-.-

3.13

Gezielte Auswahl von Baumarten zur Pflanzung im städtischen Raum zur Verbesserung der Luftqualität und zum Schutz von Allergikern

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder einen Abdruck der Mitteilung des Umweltamtes vom 21.01.2011 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.14 **Bericht „Lebenslagen und Soziale Leistungen 2009“ des Sozialdezernates der Stadt Bielefeld**

Herr Daube verweist auf den zu Sitzungsbeginn an die Fraktionen und die Vertreter der Parteien verteilten Bericht. Ergänzend haben die Fraktionen und die Parteienvertreter den Bericht in Form einer CD-Rom erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15 **Pflegestützpunkt Bielefeld - Eröffnung der Dependance im Bezirksamt Heepen**

Herr Daube verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Bericht des Amtes für Soziale Leistungen - Sozialamt - und informiert darüber, dass die Dependance des Pflegestützpunktes Bielefeld im Bezirksamt Heepen am 09.02.2011 ihre Arbeit aufgenommen habe und nun allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern jeweils mittwochs von 9.00 bis 12.00 Uhr zur Verfügung stehe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16 **Planfeststellungsverfahren für den 4. Bauabschnitt der L 712 n (Ostwestfalenstraße)**

Herr Daube informiert darüber, dass die Planfeststellungsunterlagen in der Zeit vom 28.02. bis 28.03.2011 im Amt für Verkehr und im Bezirksamt Heepen zur Einsichtnahme ausgelegt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Planung Ortsumgehung Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1973/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Welchen Stand haben die Planungsarbeiten für die Ortsumgehung Oldentrup erreicht?

Herr Daube teilt mit, dass alle Bezirksvertretungsmitglieder zu Sitzungsbeginn eine Ausfertigung der Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 26.01.2011 erhalten haben.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die angesprochene Variante (Trasse über das Marktkaufgelände) offenbar nicht realisiert werden kann, obwohl der Planungsdezernent Herr Moss diese Trasse als die beste Lösung präsentiert hatte. Er kritisiere die Haltung der EDEKA nachdrücklich. Im Interesse der Oldentruper Bürgerinnen und Bürger müsse seines Erachtens nun mit Nachdruck die Möglichkeit geprüft werden, die Variante entlang der Bahntrasse zu realisieren.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter stellt fest, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die verkehrlichen Belastungen der Oldentruper Bürgerinnen und Bürger zu vermindern. Auch er erwarte daher von der Verwaltung, dass nun die alternativen Varianten auf ihre Realisierbarkeit geprüft werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Alter Speckmannscher Hof (Bechterdisser Straße 36, 33719 Bielefeld)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1974/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Das Gebäude steht seit längerer Zeit leer.
Welche Absichten hat die Stadt (Abriss oder Wiedervermietung)?*

Herr Daube informiert darüber, dass der Immobilienservicebetrieb mitgeteilt habe, dass der Verkauf des Objektes angestrebt werde. Aufgrund der Lage biete sich die Vermarktung der Fläche als Gewerbefläche an. Da das Gelände

im rechtsverbindlichen Bebauungsplan III/O 12 als Mischgebiet festgesetzt werde, sei für eine künftige gewerbliche Nutzung eine Bebauungsplanänderung mit dem Ziel, die Fläche als Gewerbegebiet festzusetzen, erforderlich. Es sei beabsichtigt, die Neuaufstellung des Bebauungsplanes zu betreiben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.2 *

Zu Punkt 4.3 Bürgerberatung am Wefelshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1977/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Nach Aussagen von Betroffenen ist die Privatsphäre bei Gesprächen in den neuen Räumen der Bürgerberatung nicht gewährleistet, da man im Vorraum „jedes Wort verstehen kann“.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, diesen Missstand zu beheben?

Herr Daube teilt mit, dass die vorgebrachten Beschwerden nach Auskunft aller Beteiligten zutreffend seien. Derzeit werde in Gesprächen mit dem Vermieter nach geeigneten Lösungen gesucht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass die vorgebrachten Beschwerden auch aus seiner Sicht nachvollziehbar seien und bittet die Verwaltung, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um das Problem möglichst kurzfristig zu lösen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.3 *

Zu Punkt 4.4 Zeitplan Wefelshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1978/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Wann ist mit der Herrichtung des Parkstreifens entlang der Erschließungsstraße zu rechnen?

Zusatzfrage:

Wann werden die Arbeiten am Marktplatz (einschließlich der Pflanzungen) abgeschlossen sein?

Herr Daube informiert darüber, dass die Arbeiten auf dem Marktplatz zwischenzeitlich nach der Winterpause wieder aufgenommen wurden und in Kürze abgeschlossen werden können, so dass im Frühjahr die Möglichkeit bestehe, die Grünbeete zu bepflanzen.

Der Ausbau des Parkstreifens entlang der Erschließungsstraße sei nach Auskunft der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (Erschließungsträger) zeitgleich mit dem Endausbau aller Straßen im Erschließungsgebiet Wefelshof vorgesehen. Der Endausbau werde voraussichtlich zum Ende des Jahres nach Abschluss der Bauaktivitäten im Bereich der privaten Hochbauten erfolgen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt vor diesem Hintergrund die Frage, ob es aufgrund der fehlenden Parkmöglichkeiten nicht sinnvoller sei, den Marktbetrieb erst nach dem Ausbau der Parkplätze an den alten Standort zurückzuverlegen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher regt an, diese Frage mit den Markthändlern zu erörtern.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther vertritt die Auffassung, dass sich die Situation „einspielen“ werde und der Marktbetrieb insofern nach Fertigstellung des Platzes wieder an den alten Standort verlegt werden sollte.

Herr Daube verweist darauf, dass auch nach Fertigstellung der Parkplätze in Zukunft nicht mehr so viele Parkplätze wie vorher zur Verfügung stehen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 4.5

Schutz der Greifvögel in der Johannisbachaue

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1979/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Ist der Verwaltung bekannt, dass Greifvögel sich beim Anflug und Ansitz am Stacheldraht der Einzäunung verletzen können?

Zusatzfrage:

Was gedenkt die Verwaltung dagegen zu unternehmen?

Herr Daube informiert darüber, dass das Umweltamt mitgeteilt habe, dass es üblich sei - insbesondere im Rahmen der Rinderhaltung - die Weidezäune mit Stacheldraht zu versehen. Bisher sei dem Umweltamt nicht bekannt geworden, dass sich Greifvögel an den Weidezäunen verletzt haben. Sollten entsprechende Beobachtungen gemacht worden seien, bittet das Umweltamt um Mitteilung.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die in der Einwohnerfragestunde (vgl. TOP 1 b) zu diesem Thema getroffenen Aussagen. Sie vertrete die Auffassung, dass es sich bei den angesprochenen weißen Bändern um eine wirkungsvolle kostengünstige Lösung handele, die die angesprochenen Gefahren beseitige und rege daher an, die Weidezäune entsprechend auszustatten.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) schließt sich der von Frau Klemme-Linnenbrügger vertretenen Auffassung an. Es sollte seines Erachtens nicht abgewartet werden, bis etwas passiert.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther stellt fest, dass die CDU-Fraktion die vorgeschlagene Ausstattung der Weidezäune mit weißen Bändern unterstütze.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) kündigt einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung an.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.5 *

Zu Punkt 4.6

Sicherstellung der Altglasentsorgung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1992/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der FDP:

Was gedenken die zuständigen Stellen zu unternehmen, um die Altglasentsorgung künftig gesichert in geordnete Bahnen zu bringen?

Zusatzfrage:

Wird der Abfuhranbieter den Verpflichtungen gerecht, bzw. hat er Maßnahmen zur Verbesserung der Containerentleerungsintervalle getroffen?

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Umweltbetriebes. Aus Sicht der Verwaltung sei das angesprochene Problem durch die beschriebenen Aktivitäten der Firma Sita gelöst worden.

Herr Kossiek (FDP) vertritt die Auffassung, dass die entstandenen Probleme auch künftig - z. B. zum Jahreswechsel 2011/2012 - erneut auftreten könnten. Er erwarte daher eine Aussage zu den diesbezüglich getroffenen Vorkehrungen.

Herr Daube stellt fest, dass auch in den vergangenen Jahren im Anschluss an entsprechende Feiertage eine Zunahme der Altglasmengen zu beobachten war, dies jedoch nicht zu entsprechenden Entsorgungsproblemen geführt habe. Aus Sicht der Verwaltung bestehe z. Z. kein weiterer Handlungsbedarf. Sollten entsprechende Probleme auftauchen, bitte er, das Bezirksamt oder den Umweltbetrieb zu informieren bzw. die vorhandene Hotline anzurufen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher zeigt Verständnis für die aufgrund des Wechsels des Vertragspartners aufgetauchten Probleme. Die Firma Sita sei aber offenbar bemüht, diese Probleme zu regeln. Sollten sich dennoch künftig entsprechende Situationen ergeben, müsse die Verwaltung den Vertragspartner auf der Grundlage der vertraglichen Regelungen auffordern, entsprechend zu handeln.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.6 *

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Entwässerung eines Wegeabschnittes im Sieben-Teiche-Grünzug

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2030/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Wann wird der Beschluss der Bezirksvertretung Heepen (Versetzen eines Gullys im Grünzug Brake - vgl. BV Heepen - 04.02.2010 - TOP 4.2) umgesetzt?

Herr Daube informiert darüber, dass der Umweltbetrieb mitgeteilt habe, dass die Versetzung des Gullys im Sieben-Teiche-Grünzug erfolge, so bald die Witterungsbedingungen dies zulassen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 4.7 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Überprüfung der Heeper Ampelanlagen hinsichtlich Umwandlung in einen Kreisverkehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1952/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bzw. wann (ohne die Rückzahlungspflicht von Fördergeldern) die folgenden ampelgeregeltten Kreuzungen in Heepen in Kreisverkehre umgewandelt werden können:

*Heeper Straße / Alter Postweg
Hillegosser Straße / Alter Postweg
Salzuffer Straße / Amtmann-Bullrich-Straße
Vogteistraße / Altenhagener Straße
Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße*

Herr Schütz (CDU-Fraktion) erläutert unter Bezugnahme auf die schriftliche Antragsbegründung und entsprechende Studien die Vorteile (geringere Unfallhäufigkeit, besserer Verkehrsfluss, geringere Lärmentwicklung etc.), die sich aus der Anlage von Kreisverkehrsplätzen ergeben. Als Beispiel führt er den Kreisverkehrsplatz Potsdamer Straße / Alter Postweg an. Hier werden aus seiner Sicht alle angesprochenen Vorteile sehr gut erkennbar. Hinsichtlich des Kreuzungsbereiches Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße bedauert er, dass dieser Bereich nicht - wie ursprünglich vorgesehen - in einen Kreisverkehrsplatz umgebaut, sondern mit einer Ampelanlage ausgestattet wurde. Leider sei es vermutlich aus Platzgründen heute nicht mehr möglich, die seinerzeit getroffene Entscheidung zu korrigieren.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) zeigt sich erfreut darüber, dass die CDU-Fraktion ihre frühere Position zur Anlage von Kreisverkehrsplätzen „überdacht“ habe. Da sich die SPD-Fraktion auch in der Vergangenheit stets für die Anlage von Kreisverkehrsplätzen ausgesprochen habe, werde sie dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen. Er vermute jedoch aufgrund der bekannten finanziellen Rahmenbedingungen, dass eine Umsetzung nur schwer möglich sein werde. Die SPD-Fraktion habe vor diesem Hintergrund auf entsprechende Anträge verzichtet. Dies gelte im Übrigen auch für die unter TOP 5.2 zu beratende Überprüfung der Heeper Ampelanlagen hinsichtlich einer Nachtabstaltung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bzw. wann (ohne die Rückzahlungspflicht von Fördergeldern) die folgenden ampelgeregeltten Kreuzungen in Heepen in Kreisverkehre umgewandelt werden können:

**Heeper Straße / Alter Postweg
 Hillegosser Straße / Alter Postweg
 Salzufler Straße / Amtmann-Bullrich-Straße
 Vogteistraße / Altenhagener Straße
 Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Überprüfung der Heeper Ampelanlagen hinsichtlich einer Nachtabschaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1954/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Lichtzeichenanlagen an den fünf ampelgeregelten Kreuzungen (Heeper Straße/Alter Postweg, Hillegosser Straße / Alter Postweg, Salzufler Straße / Amtmann-Bullrich-Straße, Vogteistraße / Altenhagener Straße, Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße) in Heepen nachts abgeschaltet werden können. Die Bezirksvertretung ist zeitnah über das Ergebnis der Untersuchungen zu informieren.

Herr Schütz (CDU-Fraktion) erläutert unter Bezugnahme auf die schriftliche Antragsbegründung die Vorteile, die sich aus einer möglichen Nachtabschaltung ergeben können (besserer Verkehrsfluss, geringere Lärmbelastung, Einsparungen durch geringeren Stromverbrauch etc.). Es sei durch entsprechende Studien belegt, dass Fahrer, die auf eine abgeschaltete Ampelanlage treffen, - ebenso wie bei der Einfahrt in einen Kreisverkehrsplatz mit mittiger nicht überblickbarer Bepflanzung - deutlich vorsichtiger fahren. Da auch er die Sorge habe, dass die Ausstattung der angesprochenen Kreuzungen mit Kreisverkehren z. Z. aus finanziellen Gründen zunächst nicht realisierbar sei, könnte die Nachtabschaltung eine sinnvolle Alternative darstellen. Hinsichtlich der Bauweise von Kreisverkehrsplätzen führt er ergänzend aus, dass die Anlage von Kreisverkehrsplätzen in der Form wie am Schützenberg (Karlote) seines Erachtens ungeeignet sei, da die Fahrzeugführer diese Art von Kreisverkehren weitestgehend unberücksichtigt lassen und insofern die angesprochene Verbesserung der Sicherheit ausbleibe.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass der Kreisverkehr am Schützenberg aus Platzgründen nicht in einer anderen Bauweise ausgeführt werden konnte. Im Übrigen verhalten sich Verkehrsteilnehmer, die die für Kreisverkehrsplätze geltenden Verkehrsvorschriften missachten, rechtswidrig. Dies sollte seines Erachtens entsprechend sanktioniert werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Lichtzeichenanlagen an den fünf ampelgeregelten Kreuzungen (Heeper Straße / Alter Postweg, Hillegosser Straße / Alter Postweg, Salzufler Straße / Amtmann-Bullrich-Straße, Vogteistraße / Altenhagener Straße, Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße) in Heepen nachts abgeschaltet werden können. Die Bezirksvertretung ist zeitnah über das Ergebnis der Untersuchungen zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.2*

Zu Punkt 5.3

Verkehrssituation Ziemannsweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1955/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt den Bereich Ziemannsweg auf der Basis der Auswertung des Modellversuchs erneut dahingehend zu untersuchen, ob eine Aufweitung der Einfahrtssituation und eine angepasste Halteverbotsregelung die Sicherheitslage und die verkehrliche Erschließung des Ziemannsweges nachhaltig verbessern könnten. Dazu sollen insbesondere mit den Grundstückseigentümern und dem Betreiber der Postagentur Sondierungsgespräche geführt werden. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, ob unter diesen neuen Rahmenbedingungen die Abbindung erneut als Option in Frage kommt. Die Bezirksvertretung ist zeitnah über das Ergebnis der Untersuchungen zu informieren.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die Beratung der Angelegenheit in der Sitzung der Bezirksvertretung am 13.01.2011 und die schriftliche Antragsbegründung. Mit Beendigung des Verkehrsversuches (Abbindung des Ziemannsweges) werden sich seines Erachtens die bekannten Schwierigkeiten im Bereich Ziemannsweg (Gefährdung des Schulwegs bzw. anderer Fußgänger, fehlende Erreichbarkeit der Wohngebäude im Ziemannsweg etc.) wieder einstellen. Die Verwaltung müsse daher versuchen, geeignete Alternativen zu finden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die SPD-Fraktion sich gegen eine Abbindung des Ziemannsweges ausspreche, aber die Auffassung teile, dass geeignete Alternativen gefunden werden müssen. Er rege daher die Erweiterung des Beschlusstextes an. Ergänzend zum Vorschlag der CDU-Fraktion sollte die Verwaltung gebeten werden, bei Beibehaltung der

Einbahnstraßenregelung zum Schutz der Fußgänger zu prüfen, welche Maßnahmen dazu erforderlich oder geeignet seien. Dies könnten aus Sicht der SPD-Fraktion Maßnahmen wie z. B. die Anordnung eines Schritt-Tempos oder einer Tempobeschränkung auf 10 km/h, die Ausweisung des Ziemannsweges als Fahrradstraße, die Anlage eines Fuß- und Radweges mit dem Zusatz „Kfz im Schritt-Tempo frei“, oder auch die Ausweisung des Ziemannsweges als Spielstraße sein. Das Prüfergebnis sollte der Bezirksvertretung nach Abschluss der Prüfung mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag zeitnah vorgelegt werden.

Herr Dr. Elsner stimmt einer entsprechenden Erweiterung des Beschlussvorschlages zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt den Bereich Ziemannsweg auf der Basis der Auswertung des Modellversuchs erneut dahingehend zu untersuchen, ob eine Aufweitung der Einfahrtssituation und eine angepasste Halteverbotsregelung die Sicherheitslage und die verkehrliche Erschließung des Ziemannsweges nachhaltig verbessern könnten. Dazu sollen insbesondere mit den Grundstückseigentümern und dem Betreiber der Postagentur Sondierungsgespräche geführt werden. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, ob unter diesen neuen Rahmenbedingungen die Abbindung erneut als Option in Frage kommt. Die Bezirksvertretung ist zeitnah über das Ergebnis der Untersuchungen zu informieren.**
- 2. Ergänzend zu Ziff. 1 ist zu prüfen, welche Maßnahmen - unter Beibehaltung der der Einbahnstraßenregelung im Ziemannsweg - zum Schutz der Fußgänger möglich sind (z. B. Anordnung einer Tempobegrenzung auf „Schritt-Tempo“ oder Tempo 10 km/h, die Ausweisung als Fahrradstraße, die Anlage eines Fuß- und Radweges mit dem Zusatz „Kfz im Schritt-Tempo frei“, die Ausweisung als Spielstraße etc.). Die Ergebnisse der Prüfung sind in Verbindung mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag der Verwaltung der Bezirksvertretung zeitnah vorzulegen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.3*

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Behindertenparkplatz im Bereich Wefelshof / Hackemackweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1980/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Im Winkel Wefelshof / Hackemackweg ist vor dem Trafohäuschen ein Parkplatz für Schwerbehinderte anzulegen. Die vorgesehene Hecke ist so zu planen, dass sie entweder für diesen Parkplatz ebenfalls (wie für das Trafohäuschen) einen Sichtschutz bietet oder sie ist zwischen die Trafo-Zufahrt und den Schwerbehindertenparkplatz zu setzen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert zunächst, dass die auf das Plangebiet „Wefelshof“ bezogenen Anträge der SPD-Fraktion (TOP 5.3, 5.4 und 5.5) auf einem mit Mitgliedern der AWO Brake durchgeführten Ortstermin zurückzuführen seien. Da der im Antragstext beschriebene Standort offenbar für einen dem Marktbetrieb dienenden Müllcontainer benötigt werde, müsse die Verwaltung eine geeignete Alternative suchen, die die beschriebenen Standortbedingungen erfülle. Im Anschluss ändert er den Beschlussvorschlag des Antrages der SPD-Fraktion entsprechend ab.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Im Bereich Wefelshof / Hackemackweg ist an einem geeigneten Standort ein Schwerbehindertenparkplatz anzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.4*

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Einbahnstraßenregelung für den Hackemackweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1981/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Der Hackemackweg ist umgehend als Einbahnstraße (Richtungsverkehr: von der Bornholmstraße zum Wefelshof) auszuweisen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass sich früher am Ende des Hackemackweges ein Absperrpfosten befand. Diese Regelung lasse sich vermutlich aufgrund des Lieferverkehrs nicht aufrecht erhalten, da sich bei Beibehaltung dieser Lösung u. a. keine Wendemöglichkeit ergebe. Er rege daher an, die aktuelle Einbahnstraßenregelung (von „oben nach unten“) beizubehalten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist darauf, dass ursprünglich eine Aufweitung des Hackemackweges diskutiert wurde, jedoch im Verlauf der Planungen nicht weiter geprüft wurde. Grundsätzlich stimme die CDU-Fraktion dem Vorschlag der SPD-Fraktion zu. Die Fahrtrichtung sollte jedoch auf der Grundlage eines entsprechenden Vorschlages der Fachverwaltung festgelegt werden. Er bitte daher, den Antragstext entsprechend zu ergänzen.

Herr Wäschebach stimmt der Ergänzung zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der Hackemackweg ist umgehend als Einbahnstraße auszuweisen. Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich der Fahrtrichtung einen aus fachlicher Sicht geeigneten Vorschlag zu unterbreiten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.5*

Zu Punkt 5.6

Findlinge am Wefelshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1984/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Findlinge, die sich z. Zt. noch neben der Trafo-Zufahrt befinden, sind zu sichern und links neben dem Eingang dauerhaft abzulegen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) ergänzt bezogen auf den Beschlussvorschlag, dass die Findlinge später durch die Findlinge aus der Johannisbachaue ergänzt werden können.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Findlinge, die sich z. Zt. noch neben der Trafo-Zufahrt befinden, sind zu sichern und links neben dem Eingang dauerhaft abzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.6*

Zu Punkt 5.7 Bebauungsplangebiet Wefelshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1985/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Es ist darauf zu achten, dass der im Bebauungsplan eingetragene Weg zwischen Kindergarten und Wohnanlage bei Abschluss der Bauarbeiten (wieder) hergerichtet wird.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion davon ausgehe, dass die im Zuge der Baumaßnahmen unterbrochenen Wege nach Abschluss der baulichen Aktivitäten wieder hergestellt werden, dem Antrag der SPD-Fraktion aber dennoch zustimme.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Es ist darauf zu achten, dass der im Bebauungsplan eingetragene Weg zwischen Kindergarten und Wohnanlage bei Abschluss der Bauarbeiten (wieder) hergerichtet wird.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.7*

Zu Punkt 5.8 Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich der Straße Hellfeld in Altenhagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1986/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Verkehrssituation im Bereich der Straße Hellfeld in Altenhagen (vgl. Mitteilung 3.6 in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung) durch Ortseingangsschilder verbessert werden kann.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die verkehrlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Straße Hellfeld in Altenhagen und stellt fest, dass die von der Verwaltung in der Sitzung am 13.01.2011 vorgeschlagene Lösung (vgl. BV Heepen - 13.01.2011 - TOP 3.6) keine geeignete Lösung der Verkehrsprobleme darstelle und zudem einen kostenträchtigen „Schilderwald“ produziere. Dennoch müsse eine geeignete Lösung gefunden werden, um zu vermeiden, dass im Bereich Hellfeld „Tempo 100“ gefahren werden dürfe. Im Übrigen bitte er, den Beschlusstext durch die Formulierung „... oder andere Maßnahmen ...“ zu ergänzen.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass er es zwar für ausgeschlossen halte, im Bereich der Straße Hellfeld „Tempo 100“ zu fahren, aber dennoch dringend eine geeignete Lösung gefunden werden müsse um das bestehende Gefahrenpotential zu verringern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Verkehrssituation im Bereich der Straße Hellfeld in Altenhagen (vgl. Mitteilung 3.6 in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung) durch die Aufstellung von Ortseingangsschildern oder andere Maßnahmen verbessert werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.8*

-.:-

Zu Punkt 5.9 Tempo-30-Zone in der MehlstraßeBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1987/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Mehlstraße ist als Tempo-30-Zone auszuweisen.

Herr Blum (SPD-Fraktion) erläutert die örtliche Situation. Das im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes „Milser Mühle“ vorgelegte Lärmschutzgutachten ging davon aus, dass es sich bei der Mehlstraße bereits um eine Tempo-30-Zone handelte. Z. Z. sei dies jedoch nicht der Fall. Seines Erachtens müsse dies durch eine entsprechende Zonenbeschilderung korrigiert werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass er die vorgeschlagene Lösung für sinnvoll halte.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Mehlstraße ist als Tempo-30-Zone auszuweisen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.9*

Zu Punkt 5.10 Erarbeitung eines standardisierten Verfahrens für die Sperrung von SporthallenBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2000/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit dem ISB ein standardisiertes Verfahren für die Sperrung von Sporthallen im Stadtbezirk Heepen zu entwickeln, das die folgenden Punkte berücksichtigt:

- *Die Sperrungen müssen zeitlich und räumlich minimiert werden, d. h. es muss stets geprüft werden, ob die Sperrung abwendbar ist oder nur auf Teile der Halle (etwa bei Mehrfachhallen) beschränkt werden kann.*

- *Die Sperrung muss allen Nutzern unverzüglich mitgeteilt werden. Das weitere Vorgehen soll dann mit den Nutzern abgestimmt werden, insbesondere sollten die regulären Überprüfungstermine für die Erforderlichkeit der Sperrung in Abstimmung mit den Nutzern so gewählt werden, dass wichtige Veranstaltungen rechtzeitig abgesagt bzw. verlegt werden oder doch stattfinden können.*
- *Sobald es Anhaltspunkte (z. B. durch Hinweise der Nutzer) gibt, dass die Sperrung nicht mehr erforderlich ist, sollte unverzüglich geprüft werden, ob die Sperrung aufgehoben werden kann.*

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, ein solches Verfahren auch in anderen Stadtbezirken und ggf. auch für andere öffentliche Sportanlagen vorzusehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung und unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, die betroffenen Akteure an Entscheidungen dieser Art zu beteiligen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) versteht den Antrag der CDU-Fraktion als Appell an alle Beteiligten, künftig in entsprechenden Situationen besser zusammen zu arbeiten. Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag daher zu.

Herr Daube sieht in dem Antrag der CDU-Fraktion ebenfalls einen Appell zur besseren Zusammenarbeit, der offenbar aufgrund mangelnder Kommunikation im Vorfeld der Sperrung der Sporthalle Brake nicht optimal war. Auch sollte aus seiner Sicht künftig im Detail erörtert werden, ob es wirklich notwendig sei, eine 3-fach-Halle vollständig zu sperren, wenn nur ein Drittel der Fläche von den aufgetretenen Schäden betroffen sei. Sollte die Zusammenarbeit und Kommunikation untereinander entsprechend verbessert werden, halte er ein umfangreiches Konzept aus Sicht der Verwaltung nicht für erforderlich.

Herr Dr. Elsner schließt sich dieser Auffassung grundsätzlich an, sieht jedoch die Notwendigkeit, die zuständigen Fachdienststellen der Stadt auf diesen Aspekt hinzuweisen, um entsprechende Probleme künftig auszuschließen.

Herr Schatschneider (Die Linke) unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion und stellt fest, dass der Presse zwar die Schließung der Halle zu entnehmen war, über die Wiedereröffnung jedoch offenbar nicht berichtet wurde. Seines Erachtens müsse diese Information für alle die Halle nutzenden Vereine durch entsprechende Anschläge an der Halle erfolgen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die in der Vergangenheit geführte Diskussion zur Zentralisierung der Verwaltung der Sportstätten und äußert die Vermutung, dass der mangelnde Informationsfluss eine Folgeerscheinung des Zentralisierungsprozesses sei. Die Schließung der Sportstätten ohne ausreichende Informationen der Nutzerinnen und Nutzer führe z. B. bei Vereinen, die am Ligabetrieb teilnehmen, zu erheblichen Problemen und habe darüber hinaus u. U. auch finanzielle Auswirkungen.

Herr Dr. Elsner sieht das Problem in der mangelnden Abstimmung zwischen den Beteiligten (Sportamt, Immobilienservicebetrieb, Vereine etc.).

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit dem ISB ein standardisiertes Verfahren für die Sperrung von Sporthallen im Stadtbezirk Heepen zu entwickeln, das die folgenden Punkte berücksichtigt:

- Die Sperrungen müssen zeitlich und räumlich minimiert werden, d. h. es muss stets geprüft werden, ob die Sperrung abwendbar ist oder nur auf Teile der Halle (etwa bei Mehrfachhallen) beschränkt werden kann.
- Die Sperrung muss allen Nutzern unverzüglich mitgeteilt werden. Das weitere Vorgehen soll dann mit den Nutzern abgestimmt werden, insbesondere sollten die regulären Überprüfungstermine für die Erforderlichkeit der Sperrung in Abstimmung mit den Nutzern so gewählt werden, dass wichtige Veranstaltungen rechtzeitig abgesagt bzw. verlegt werden oder doch stattfinden können.
- Sobald es Anhaltspunkte (z. B. durch Hinweise der Nutzer) gibt, dass die Sperrung nicht mehr erforderlich ist, sollte unverzüglich geprüft werden, ob die Sperrung aufgehoben werden kann.

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, ein solches Verfahren auch in anderen Stadtbezirken und ggf. auch für andere öffentliche Sportanlagen vorzusehen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.10*

-.-.-

Zu Punkt 5.11 Sanierung der Grundschulen im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2001/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahmen an den Grundschulen im Stadtbezirk Heepen (Grundschule Heeperholz, Grundschule Milse) in dem ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen vorzunehmen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die Diskussion rund um die Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich im Rahmen derer u. a. auch die Aufschiebung von Sanierungsmaßnahmen im Grundschulbereich festgelegt wurde. Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, dass Maßnahmen, die unabhängig vom Ergebnis dieser Diskussion erforderlich seien, so schnell wie möglich umzusetzen seien. Dies gelte insbesondere für die Maßnahmen, die an den Grundschulen Heeperholz und Milse geplant seien, die nicht im Kontext zur Diskussion über die Schulentwicklungsplanung zu beurteilen sind.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an und stellt fest, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahmen an den Grundschulen im Stadtbezirk Heepen (Grundschule Heeperholz, Grundschule Milse) in dem ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen vorzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.11*

Zu Punkt 5.12 Streckenverlauf der Buslinie 101

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2023/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Streckenverlauf der Buslinie 101 zu verbessern ist. Das Ergebnis ist der Bezirksvertretung zeitnah vorzustellen, damit es zur nächsten Fahrplanumstellung umgesetzt werden kann.

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf die umfassende schriftliche Antragsbegründung und stellt die durch die geänderte Streckenführung erwarteten Vorteile im Überblick dar.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) hält den Antrag für sinnvoll. Die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag vor diesem Hintergrund. Er habe jedoch die Sorge, dass der zuständige Nahverkehrsträger unter Umständen damit argumentieren werde, dass eine Veränderung des Streckenverlaufes aufgrund betrieblicher Abhängigkeiten nicht möglich sei.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Streckenverlauf der Buslinie 101 zu verbessern ist. Das Ergebnis ist der Bezirksvertretung zeitnah vorzustellen, damit es zur nächsten Fahrplanumstellung umgesetzt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 5.12*

-.-.-

Zu Punkt 6

Anregungen nach § 24 GO NRW: Verkehrssituation im Heeper Ortskern
Beratungsgrundlage: Schreiben der Familie Elmers vom 10.01.2011

Bezirksbürgermeister Sternbacher verliest das Schreiben der Familie Elmers vom 10.01.2011.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter führt aus, dass entsprechende Regelungen im Zuge der Festlegung der Verkehrsführung im Ortskern intensiv diskutiert und die sich aus den verschiedenen möglichen Alternativen ergebenden Vor- und Nachteile sorgfältig miteinander abgewogen wurden. Am Ende habe sich das Gremium aus guten Gründen für die jetzt bestehende Regelung ausgesprochen. Er verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Verantwortung der Bezirksvertretung für die Belange des Einzelhandels. Auch im Ortszentrum Heepen sei zu beobachten, dass die Kundenfrequenz rückläufig sei. Diese Entwicklung würde sich seines Erachtens bei Umsetzung der vorgeschlagenen „Anlieger frei“ - Regelung verschärfen. Die angesprochene kurze Ampelschaltung soll den „Schleichverkehr“ durch den Ortskern reduzieren. Dennoch habe er keine Bedenken, dass die Fachverwaltung die Ampelschaltung überprüft und ggf. optimiert.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der vom stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüter - bezogen auf die Auswirkung entsprechender Verkehrsregelungen auf den Einzelhandel - vertretenen Auffassung an. Die Fachverwaltung sollte jedoch prüfen, ob andere Möglichkeiten bestehen, die von der Familie Elmers angesprochenen Probleme zu vermindern. Dazu gehöre auch die Überprüfung der Ampelschaltung.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass die Ampelschaltung u. a. auch durch die an der Haltestelle Hassebrock haltenden Busse beeinflusst werde, da diese die Ampelschaltung eigenständig beeinflussen können. Im Übrigen ergebe sich das geschilderte Problem seines Erachtens nur in den „Stoßzeiten“. Die Bezirksvertretung habe sich seinerzeit sehr für die heutige Lösung eingesetzt und er vertrete daher die Auffassung, dass diese Lösung weiterhin Bestand haben sollte. Dennoch könne die Fachverwaltung auch aus seiner Sicht prüfen, ob eine Optimierung der Ampelschaltung zu Verbesserungen führen würde.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) weist darauf hin, dass ihre Fraktion sich seinerzeit gegen die heutige Regelung ausgesprochen und für eine der Forderung der Familie Elmers entsprechende Lösung plädiert habe.

Frau Kreye, Herr Schütz (CDU-Fraktion) und Herr Diekmann (SPD-Fraktion) diskutieren die Auswirkungen, die sich bei der Aufstellung entsprechender „Anlieger frei“-Schilder ergeben würden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und bewertet den gefundenen Kompromiss (Beibehaltung der heutigen Verkehrsregelung und Optimierung der Ampelschaltung soweit möglich) positiv.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) stellt fest, dass die „Anlieger frei“-Regelung für LKW offenbar funktioniere.

Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass dies für LKW leicht zu kontrollieren sei. Bei PKW sei eine nachhaltige Kontrolle jedoch schwierig.

Herr Borchers vertritt die Auffassung, dass es sich bei der Aussage, dass eine „Anlieger frei“-Regelung auch für PKW nicht funktionieren werde, seines Erachtens um eine unbewiesene „Hypothese“ handle. Er bitte daher die zuständige Fachverwaltung im Rahmen ihrer Stellungnahme zur möglichen Optimierung der Ampelschaltung, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung und Stellungnahme.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

Städtebauliches Entwicklungskonzept Altenhagen **- Bericht zum Sachstand und weiteres Vorgehen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2007/2009-2014

Herr Homberger (Bauamt) und Herr Steinriede (Bauamt) erläutern die bisherigen Verfahrensschritte und die Beschlussvorlage der Verwaltung unter Bezugnahme auf die umfassende Beratung in der Arbeitsgruppe *Tiefbau / Verkehr / Planung* der Bezirksvertretung im Überblick. Im Anschluss skizziert Herr Homberger die weiteren Verfahrensschritte (öffentliche Diskussion, Entwurfserstellung, Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und abschließende Beschlussfassung).

Bezirksbürgermeister Sternbacher dankt der Verwaltung für die geleistete - aus seiner Sicht sehr gelungene - Arbeit. Es sei nun an der Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern das vorliegende Zwischenergebnis vorzustellen und sie einzuladen, ihre Anregungen in das weitere Verfahren einzubringen. Hierzu werde am 15.03.2011 in der Grundschule Altenhagen um 18.00 Uhr eine Einwohnerversammlung stattfinden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der positiven Bewertung des von der Verwaltung vorgelegten Arbeitsergebnisses nachdrücklich an. Aus seiner Sicht sei besonders zu begrüßen, dass die Planung keine vorherigen Festlegungen treffe und insofern weiterhin eine offene Diskussion erlaube. Jetzt sei es auch aus seiner Sicht an der Zeit, mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Vorstellungen zur künftigen Entwicklung des Stadtteils Altenhagen zu diskutieren. Er würde sich daher über eine rege Teilnahme an der am 15.03.2011 stattfindenden Einwohnerversammlung freuen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) begrüßt das auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückzuführende Arbeitsergebnis und dankt der Verwaltung für die auch aus seiner Sicht gelungene Arbeit.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach erklärt Herr Steinriede - bezogen auf einen möglichen Nahversorgungsstandort im Stadtteil Altenhagen -, dass es hier z. Z. noch keine neuen Erkenntnisse gebe.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) lobt die Arbeit der Verwaltung. Ihres Erachtens ergebe sich für den Stadtteil Altenhagen eine gute Chance, unbefriedigende Entwicklungen zu korrigieren und gute Grundlagen für eine positive Entwicklung zu schaffen. Auch sie wünsche sich, dass nun viele Bürgerinnen und Bürger ihre Überlegungen in die weitere Diskussion einbringen.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) schließt sich der positiven Bewertung der Beschlussvorlage der Verwaltung an und bittet darum – um das jetzt vorliegende Zwischenergebnis möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen - das Material - soweit möglich - ins Internet einzustellen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

1. **Der Bericht zur Erarbeitung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Altenhagen - hier die Arbeitsphasen „Positionsbestimmung, Zielfindung, Siedlungsmodelle“ sowie das Modul Nahversorgung - wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des o. g. Berichtes den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Anhörung entsprechend der Richtlinie zur vorzeitigen Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch (BauGB) die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nebst Auswirkungen und Alternativlösungen darzulegen und Gelegenheit zur Erörterung zu geben.**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Äußerungen der Bürgerinnen und Bürger nach städtebaulichen Gesichtspunkten auszuwerten und - soweit städtebaulich sinnvoll und vertretbar - im Entwurf eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für Altenhagen zu berücksichtigen. Der Entwurf soll dann mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden und den politischen Gremien zur abschließenden Erörterung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 7*

-.-.-

Zu Punkt 8

Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 34 "Waagestraße / Ladestraße" für das Gebiet südlich der Grundstücke Jütlandstraße 2- 34, südöstlich der Grundstücke Waagestraße 2 - 6, westlich des Grundstückes Braker Straße 61, nordwestlich der Eisenbahnlinie Bielefeld - Herford und östlich des Uhlenburgweges sowie
- Stadtbezirk Heepen -

Aufstellungsbeschluss und Änderungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1996/2009-2014

Herr Blankemeyer (Bauamt) und Herr Diekmann (Bauamt) erläutern die Planung unter Bezugnahme auf die Diskussion der Angelegenheit in der Sitzung der Bezirksvertretung am 13.01.2011 (vgl. BV Heepen - 13.01.2011 - TOP 15) im Überblick.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht die von der Bezirksvertretung in der Sitzung am 13.01.2011 angesprochenen Punkte in der Vorlage umfassend berücksichtigt.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) hält es für erforderlich, die weitere Erschließungsplanung auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten Variante 1 weiterzubetreiben, da die Variante 2 seines Erachtens nicht den Interessen der Braker Bevölkerung Rechnung trage. Er beantrage, den Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend zu ergänzen.

Herr Blankemeyer erläutert im Anschluss die rechtlichen und finanziellen Abhängigkeiten, die sich aus der Neuaufstellung des Bebauungsplanes bezogen auf konkrete Bauvorhaben für die Antragsteller und die Stadt Bielefeld ergeben können.

Herr Diekmann ergänzt diese Ausführungen bezogen auf die Erschließungsvarianten.

Herr Wäschebach stellt fest, dass aus seiner Sicht nur die Variante 1 eine geeignete Erschließung des Bereiches gewährleiste.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther vertritt die Auffassung, dass die Erschließungsvariante 2 nicht die verkehrlichen Belange des Stadtteils Brake berücksichtige.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/Br 34 „Waagestraße / Ladestraße“ für das Gebiet südlich der Grundstücke Jütlandstraße 2 - 34, südöstlich der Grundstücke Waagestraße 2 - 6, westlich des Grundstückes Braker Straße 61, nordwestlich der Eisenbahnlinie Bielefeld - Herford und östlich des Uhlenburgweges ist gemäß §§ 1 und 2 des Baugesetzbuches (BauGB) aufzustellen. Für die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist die im Abgrenzungsplan M 1 : 1.000 eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.
2. Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB zu ändern (218. FNP-Änderung „Brake Waagestraße“). Der Änderungsbereich ist aus dem Übersichtsplan in der Anlage ersichtlich.
3. Der Aufstellungsbeschluss zur Erstaufstellung des Bebauungsplanes und der Änderungsbeschluss zur FNP-Änderung sind gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
4. Die weitere Erschließungsplanung ist auf der Grundlage der in der Beschlussvorlage dargestellten Erschließungsvariante 1 weiter zu bearbeiten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 8*

Zu Punkt 9

Planung der Tagesbetreuung bis 2013 unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus U 3

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1942/2009-2014

Herr Wittler (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt) erläutert ausgehend von der städtischen Gesamtsituation bezogen auf den Stadtbezirk Heepen, dass in den Stadtteilen Baumheide und Milse eine erhöhte Nachfrage nach U 3 Betreuungsplätzen vorliege und hier daher entsprechender Handlungsbedarf bestehe.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt bezogen auf die Gesamtversorgung im Stadtbezirk Heepen aus, dass - obwohl immer wieder rechnerisch ein zusätzlicher Bedarf festgestellt wurde - insgesamt bisher keine nennenswerten Versorgungsprobleme bekannt geworden seien. Er führe dies auf die Bevölkerungsstruktur zurück. Dass bisher keine Versorgungsprobleme bekannt wurden, sollte jedoch nicht dazu führen, die Anstrengungen, die definierten Versorgungsziele zu erreichen, zurückzuführen. Politisches Ziel sei es, möglichst allen Eltern die Bedeutung des Kindergartenbesuches zu vermitteln und darauf hinzuwirken, dass sie ihre Kinder frühestmöglich in einer Einrichtung anmelden. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Wenn dann trotzdem nicht nachgefragt werde, sei es seines Erachtens auch erforderlich, auf das Elternverhalten einzuwirken.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stimmt der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung zu und weist aber auch darauf hin, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ihren Bedarf unter Umständen nicht artikulieren können. Sie fragt vor diesem Hintergrund, ob es entsprechende Wartelisten gebe.

Herr Wittler bestätigt, dass es in bestimmten Bereichen Wartelisten für U 3 Betreuungsplätze gebe. Tendenziell sei es Wunsch der Eltern, ihre Kinder früher betreuen zu lassen. In den Stadtteilen Milse und Baumheide führe dies zu Versorgungsproblemen. Dies habe zum Teil stadtteilspezifische Ursachen. So führe u. a. der verstärkte Zuzug von Irak-Flüchtlingen im Stadtteil Baumheide zu einem erhöhten Bedarf.

Frau Bartsch (CDU-Fraktion) verweist auf eigene Erfahrungen. Ihres Erachtens sei es z. Z. leichter, einen U 3 Betreuungsplatz zu finden, als einen Betreuungsplatz für ein Kind im Alter zwischen 3 und 6 Jahren. Sie vertrete vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass die Bedarfsplanung in dieser Hinsicht flexibel gestaltet werden sollte.

Herr Wittler erläutert, dass die Verwaltung bemüht sei, in Ausnahmefällen entsprechende Lösungen zu finden. Grundsätzlich sei jedoch ein U 3 Betreuungsplatz auch mit einem unter 3-jährigem Kind zu besetzen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) fragt, wann ein Elternteil sein Kind anmelden müsse, um tatsächlich einen Kindergartenplatz zu bekommen.

Herr Wittler führt aus, dass für 3- bis 6-jährige Kinder bereits heute ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bestehe. Ab dem Jahr 2013 sei vorgesehen, diesen Rechtsanspruch auch für unter 3-jährige Kinder zu gewährleisten. Die Jugendhilfe müsse unter Berücksichtigung dieser Abhängigkeiten bedarfsorientiert planen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass die Verwaltung alle notwendigen Anstrengungen unternehmen müsse, um zu gewährleisten, dass für alle Kinder, die einen Betreuungsplatz benötigen, auch ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden könne.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die BV Heepen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Ausbauplanung der Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, unter Berücksichtigung der Veränderungen für die 3- bis 6-Jährigen sowie der Schulkinder zu und beauftragt die Verwaltung, entsprechend der vorliegenden mittelfristigen Planung, bis zum 01.08.2013 bedarfsgerecht Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und im Rahmen der qualifizierten Tagespflege zur Verfügung zu stellen.

Dafür sind Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes soweit wie möglich auszuschöpfen und zu beantragen.

Die Fachverwaltung berichtet jährlich über den aktuellen Ausbaustand.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10**Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2011/2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1944/2009-2014

Herr Wittler (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und stellt unter Hinweis auf seine Berichterstattung zu TOP 9 bezogen auf den Stadtbezirk Heepen fest, dass sich in den Stadtteilen Baumheide und Milse ein erhöhter Bedarf an Betreuungsplätzen abzeichne. Die Verwaltung strebe daher an, in diesen Stadtteilen eine bessere Versorgung zu gewährleisten. Hier werde daher geprüft, den höheren Bedarf durch die Einrichtung weiterer Gruppen zu kompensieren.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütger zieht aus den von der Verwaltung in der Vorlage getroffenen Aussagen den Schluss, dass seitens der Stadt Bielefeld offenbar u. a. angestrebt werde, weitere Aufgaben im Bereich der Tagesbetreuung auf die freien Träger zu verlagern. Er stellt vor diesem Hintergrund folgende Fragen:

Warum werden für das Kindergartenjahr 2011/2012 keine zusätzlichen Stellen für die städtischen Kindertagesstätten beantragt?

Wird der Ausbau der Betreuung von unter 3-Jährigen und der Ausbau der Ganztagsbetreuung in den städtischen Kitas nicht weiter betrieben und wie sind die von Eltern angemeldeten Bedarfe im Stadtbezirk?

Wie viele zusätzliche Plätze (U 3 und Ganztage) hätten sich daraus ergeben?
 Wie viele zusätzliche Plätze hätten sich unter Nutzung aller Möglichkeiten in städtischen Kitas schaffen lassen (mit genauen Angaben je Einrichtung)?
 Wie gewährleistet die Verwaltung, dass der für 2013 vorgegebene Rechtsanspruch umgesetzt wird?
 Warum weicht die Verwaltung von ihrer Bedarfsprognose ab?
 Welche Auswirkungen hat die geplante 5. Schulrechtsänderung auf den Ausbau der Betreuung unter 3-Jähriger?

Für die CDU-Fraktion sei es erforderlich, dass die Verwaltung diese Fragen beantworte. Erst auf der Grundlage der Antworten sei es der CDU-Fraktion möglich, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen. Er beantrage daher, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten.

Herr Hüsemann (CDU-Fraktion) verweist auf Planungen der Landesregierung im letzten Kindergartenjahr, keine Elternbeiträge zu fordern und fragt, welche Auswirkungen dies unter Umständen auf die Anzahl der Plätze habe.

Herr Wittler stellt fest, dass die Verwaltung derzeit erwarte, dass sich die Landesplanung nicht negativ auf das Platzangebot auswirke. Zu dem vom stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüter gestellten Antrag, die heutige Beratung nur als 1. Lesung zu betrachten, verweist er auf einzuhaltende Antragsfristen und die vorgesehene Beratungsfolge (Beratung im Jugendhilfeausschuss am 09.03.2011 vor der Bezirksvertretungssitzung am 10.03.2011).

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter zeigt Verständnis für diese Situation, beantragt aber über folgenden Antrag abzustimmen:

Das Angebot an U 3- und Ganztagsbetreuungsplätzen ist unter Berücksichtigung der von Eltern angemeldeten Bedarfe auch in städtischen Kindertagesstätten entsprechend der Bedarfsprognose auszubauen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das Angebot an U 3- und Ganztagsbetreuungsplätzen ist unter Berücksichtigung der von Eltern angemeldeten Bedarfe auch in städtischen Kindertagesstätten entsprechend der Bedarfsplanung auszubauen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 10*

Im Anschluss bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2011/2012 fest und beauftragen die Fachverwaltung diesen bis zum 15.03.2011 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

	Platzzahl Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
Ia	348	929	2.382	
Ib	1.254			
Ic	1.709			
IIa	24	24		
IIb	242	242		
IIc	986	986*		
IIIa	1.060		1.060	
IIIb	2.258		2.258	
IIIc	3.120		3.120*	
Summe	11.001	2.181	8.820	450**

Stand: 04.01.2011

*Abweichungen gegenüber den Daten in der Vorlage „Planung der Tagesbetreuung bis 2013“ ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (56 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 10 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

**Inkl. 50 Reserveplätze Tagespflege

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 347 Integrationsplätze gemeldet. Sollten bis zum 15.03.2011 weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, die Meldung entsprechend anzupassen.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2010/2011 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2012 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2011 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kirchenkreis Bielefeld Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, dass der Kirchenkreis mit den zugehörigen Kirchengemeinden sich entsprechend seines Anteils an der Gesamtversorgung verpflichtet, sich am weiteren Ausbau der U 3 Plätze zu beteiligen. Der Trägeranteil wird in einem 3-schrittigen Verfahren auf 5,5% abgesenkt.

Sofern sich auch die anderen kirchlichen Trägerverbände entsprechend (Pkt. 4 Satz 1) am Ausbau beteiligen, sind auch hier Verhandlungen zu führen und analoge Vereinbarungen zu treffen. Der Jugendhilfeausschuss ist im Rahmen der jeweiligen Beratungen zu den folgenden Kindergartenjahren zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 10*

-.-.-

Zu Punkt 11

Projekt KI>>GS - Übergang Kita - Grundschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1959/2009-2014

Die Fraktionen und die Parteienvertreter begrüßen das Projekt übereinstimmend.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Unter dem Vorbehalt der Empfehlungen aus dem moderierten Verfahren zur Grundschulentwicklung und den daraus resultierenden politischen Beschlüssen über schulorganisatorische Maßnahmen für Grundschulen

- a) nehmen die Bezirksvertretungen Jöllenbeck, Brackwede und Dornberg von dieser Vorlage Kenntnis.
- b) empfehlen die Bezirksvertretungen Heepen, Senne und Schildesche im Rahmen ihres Anhörungsrechts für die in ihrem Stadtbezirk liegende(n) Grundschule(n) dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:
- c) empfiehlt der Schul- und Sportausschuss dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:
- d) beauftragt der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung:
 1. Die Umsetzung des Projektes KI>>GS wird entsprechend dem vorgelegten, einvernehmlich von der interdisziplinär besetzten Projektgruppe erarbeiteten Konzept an maximal drei Grundschulstandorten mit der Priorisierung Plaßschule, Grundschule Altenhagen und Grundschule An der Windflöte weiter betrieben.
 2. Für die Realisierung des Projektes sind zu den drei o. g. Standorten Abstimmungs- und Erörterungsgespräche mit den zuständigen Ministerien bzw. Behörden sowie potentiellen Drittmittelgebern zu führen.

3. In der Jugendhilfeplanung für das Kindergartenjahr 2012/2013 sind
 - 20 Plätze für 4,5 bis 6-Jährige in der Kita Karl-Siebold in Trägerschaft des Kirchenkreises Bielefeld
 - 20 Plätze für 4,5 bis 6-Jährige in der Kita Am Franzhof in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt
 - 20 Plätze für 4,5 bis 6-Jährige in der Kita Windflöte in Trägerschaft der Stadt Bielefeldzu berücksichtigen und beim Land NRW im Rahmen der KiBiz Jahresmeldung anzumelden.
4. Die in den o. g. Kitas freiwerdenden Plätze sind - soweit möglich - zum weiteren Ausbau der Betreuung für unter 3-Jährige zu nutzen.
5. Den Schulkonferenzen der beteiligten Grundschulen ist das Projekt vorzustellen, so dass die Schulkonferenzen von ihren Entscheidungsrechten gem. § 65 Abs. 1 SchulG sachkundig Gebrauch machen können.
6. Den zuständigen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen ist zu gegebener Zeit zum Umsetzungsstand des Projektes erneut zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 11*

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

* BV Heepen - 10.02.2011 - öffentlich - TOP 12*

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötzke
Schriftführer